

**Veröffentlichungen des
Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung**

Band 31

Integration oder Desintegration der Weltwirtschaft?

Herausgegeben von

Wolfgang Filc und Claus Köhler



Duncker & Humblot · Berlin

WOLFGANG FILC · CLAUS KÖHLER (Hg.)

Integration oder Desintegration der Weltwirtschaft?

**Veröffentlichungen des
Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung**

Band 31

Integration oder Desintegration der Weltwirtschaft?

Herausgegeben von

Wolfgang Filc und Claus Köhler



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Integration oder Desintegration der Weltwirtschaft? / Hrsg. von
Wolfgang Filc und Claus Köhler. – Berlin : Duncker und
Humblot, 1994

(Veröffentlichungen des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung ;
Bd. 31)

ISBN 3-428-07885-3

NE: Filc, Wolfgang [Hrsg.]; Institut für Empirische
Wirtschaftsforschung (Berlin): Veröffentlichungen des Instituts . . .

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: Werksatz Marschall, Berlin

Druck: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0720-7239

ISBN 3-428-07885-4

Inhaltsverzeichnis

Einführung der Herausgeber	7
Subsidiarität in der Zentralbankpolitik: Erfahrungen und Perspektiven	
Von <i>Hermann Remsperger</i> , Frankfurt/Main	13
Gemeinschaftliche Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion: Konsequenzen für die deutschen Banken	
Von <i>Manfred Weber</i> , Köln	37
Wirkungsanalyse der Geldpolitik in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland vor und nach Gründung des EWS	
Von <i>Wolfgang Filc</i> und <i>Adalbert Winkler</i> , Trier	55
Erfordernisse, Möglichkeiten und Hemmnisse institutioneller Reformen einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft	
Von <i>Hartmut Berg</i> und <i>Frank Schmidt</i> , Dortmund	85
Reconstruction of the European East: The Roles of Trade and Finance	
By <i>Alfred Steinherr</i> , Luxemburg	103
Kapitalbedarf und Kapitaltransfer: Der Fall Osteuropa	
Von <i>Hubert Gabrisch</i> , Halle	127
The Interstate Bank: An End to Monetary Disintegration in the Former Soviet Union?	
By <i>Daniel Gros</i> , Brüssel	147
Wechselkurspolitik in den osteuropäischen Reformstaaten: Erste praktische Erfahrungen	
Von <i>Hans-Peter Fröhlich</i> , Köln	169

Wechselkurspolitische Optionen für Osteuropa	
Von <i>Wolf Schäfer</i> , Hamburg	191
Entwicklungstendenzen der Wirtschaftsintegration in Nordamerika. Die Nordameri- kanische Freihandelszone	
Von <i>Heiko Körner</i> , Darmstadt	207
Auf dem Weg zu einer regulierten Weltwirtschaft?	
Von <i>Hans-Joachim Heinemann</i> , Hannover	225
Verzeichnis der Mitarbeiter	239

Einführung der Herausgeber

Das Institut für Empirische Wirtschaftsforschung hat vom 18. bis 20. März 1993 sein fünftes Symposium durchgeführt. Es stand unter dem Thema „Aspekte weitergehender weltwirtschaftlicher Integration“. Bei Festlegung dieses Themas etwa ein Jahr zuvor bestand die begründete Vermutung, daß mit dem Eintritt in den einheitlichen europäischen Binnenmarkt und nach Abschluß des Vertrages von Maastricht künftig allein Details der weiteren wirtschaftlichen Integration der EG-Länder zu behandeln sein würden. Ferner ließen der Zusammenbruch der zentralen Wirtschaftsplanung in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und erste Ansätze zur Eingliederung ihrer Ökonomien in die Weltwirtschaft annehmen, daß eine Phase verstärkter weltwirtschaftlicher Integration angebrochen sei. Deshalb sollte das Schwergewicht auf Fragen gelegt werden, die sich aus dem Herausbilden großer Wirtschafts- und Währungsräume der Welt ergeben. Es kam anders, als es im Frühjahr 1992 abzusehen war. Desintegrative Tendenzen innerhalb der EG, zwischen postkommunistischen Reformländern, aber auch innerhalb der NAFTA sind mittlerweile nicht zu übersehen. Diese Entwicklungen mögen den vom Konferenzthema abweichenden Titel des vorliegenden Tagungsbandes erklären und verdeutlichen, warum vier Beiträge Aspekten der wirtschaftlichen Integration der EG-Länder gewidmet sind.

Hermann Remsperger wirft die Frage auf, welche geldpolitischen Funktionen in einem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB), dem Subsidiaritätsprinzip folgend, bei nationalen Zentralbanken verbleiben können. Auf den ersten Blick könnte diese Frage als müßig erscheinen. Denn weil Geldpolitik Makropolitik sein muß, nicht dagegen allokativer Strukturpolitik sein darf, kann es in einem einheitlichen Währungsraum nur eine Geldpolitik aus einem Guß geben. Entscheidend für den Stabilisierungserfolg der Geldpolitik sind danach Menge und Preis der Zentralbankgeldversorgung. Auf welche Weise dagegen Zentralbankgeld bereitgestellt wird, könnte bei funktionsfähigen Geldmärkten als vergleichsweise nebensächliche Randfrage abgetan werden. Es wird aber schlüssig gezeigt, daß eine dezentrale, aber zwischen den nationalen Zentralbanken abgestimmte Zentralbankgeldversorgung in einer Währungsunion nicht nur mit dem stabilitätspolitischen Auftrag des ESZB und einer effizienten Steuerung des Geldmarktes, sondern auch mit dem Subsidiaritätsprinzip in einigen Bereichen der Geldpolitik vereinbar ist.

Manfred Weber thematisiert einige Konsequenzen einer gemeinschaftlichen Geldpolitik in der künftigen Europäischen Währungsunion für die deutschen Geschäftsbanken. Eine wertstabile Einheitswährung dürfte Wachstumsimpulse auslösen, von denen auch das europaweite Bankgeschäft profitieren wird. Zudem sollte eine Vereinheitlichung des geldpolitischen Instrumentariums und der Bankenaufsicht dazu beitragen, die Euromärkte wieder zu internalisieren. Eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit von Geschäftsbanken im einheitlichen Finanzraum der EG-Länder und in einer Europäischen Währungsunion setze einmal eine konsequente Stabilitätsorientierung der Politik des künftigen ESZB voraus. Hierfür werden die organisatorischen und instrumentellen Voraussetzungen aufgezeigt. Zudem sei es erforderlich, die Geldpolitik in der künftigen Währungsunion so zu instrumentieren, daß Wettbewerbsnachteile gegenüber Währungsräumen mit geringeren Kosten der Regulierung begrenzt bleiben. Für die Übergangsphase zur Währungsunion wird empfohlen, bisher noch bestehende Wettbewerbsrückstände des deutschen Finanzplatzes gegenüber anderen nationalen Finanzmärkten in Europa auszugleichen.

Wolfgang Filc und *Adalbert Winkler* prüfen, ob seit Gründung des EWS neben der Konvergenz bei Instrumenten und Zielen der Geldpolitik in Frankreich und Deutschland auch ein zunehmender Gleichklang ihrer realwirtschaftlichen Wirkungen festzustellen ist. Dabei stehen die Effekte der Zinspolitik im Mittelpunkt der Analyse, weil zinspolitische Maßnahmen in einem um Sachkapitalrenditen erweiterten Portfolioansatz der Wechselkursbestimmung für Leitkurse in einem Festkurssystem zentral sind und weil die Bestimmung des Tagesgeldsatzes das zentrale Instrument der Geldpolitik darstellt. Die Ergebnisse von Signifikanztests, Vektorautoregressionen und Regressionsanalysen lassen aber keine eindeutigen Schlußfolgerungen zu, ob sich die realwirtschaftlichen Wirkungen der Geldpolitik einander angenähert haben. Zwar sind in beiden Ländern kurzfristige Zinssätze als monetäre Vorlaufvariablen realwirtschaftlicher Größen zu beachten; der Zusammenhang ist jedoch seit Mitte der achtziger Jahre schwächer geworden. Zu vermuten ist, daß gegensätzliche Wirkungen der Fiskalpolitik dafür verantwortlich sind. Die für die angestrebte Währungsunion wichtige Konvergenz realwirtschaftlicher Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen erfordert daher, die Konvergenz in anderen Bereichen der Stabilisierungspolitik voranzutreiben.

Hartmut Berg und *Frank Schmidt* geben zunächst einen Überblick über Methoden der wirtschaftlichen Integration, die seit der Debatte um den Vertrag von Maastricht neue Aktualität erlangt haben. Offenkundige Mängel der auf Gemeinschaftsebene betriebenen Politik werden auf die Verquickung von Initiativ- und Exekutivfunktionen von Gemeinschaftsorganen ohne funktionierenden Kontrollmechanismus zurückgeführt. Dies führe

dazu, daß sich bürokratische Institutionen verstärkt an ihrem Eigeninteresse orientieren und weniger an ihrem Auftrag. In der sich auf grundsätzliche Aspekte beschränkenden Studie wird gefordert, auf Gemeinschaftsebene bürokratischen und interventionistischen Zentralismus zugunsten des Wettbewerbsprinzips als Leitbild auch der institutionellen Integration abzubauen. Die Verfasser versprechen sich hiervon eine stärkere Wachstumsdynamik des größer gewordenen einheitlichen Wirtschaftsraums der EG.

Alfred Steinherr untersucht, welchen Beitrag Handel und Finanzierung zum Wiederaufbau der Ökonomien postkommunistischer Länder Osteuropas leisten können. Ausgehend von wohlstandsmehrenden Effekten des internationalen Handels wird ein Gravitätsindex berechnet, um das Handelspotential der Reformländer mit unterschiedlichen Regionen auszu-drücken. Danach sind von einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen den Republiken der ehemaligen Sowjetunion sowie den Staaten Mittel- und Osteuropas nur geringe, von einem gemeinsamen Markt mit der EG dagegen die mit Abstand größten handelspolitischen Impulse zu erwarten. Steinherr plädiert deshalb für eine Europäische Freihandelszone vom Atlantik bis zum Pazifik. Die Finanzierung des Aufholprozesses wird von drei Seiten beleuchtet. Der Darstellung und Kritik bisher vorgelegter Finanzbedarfsschätzungen folgt eine Abwägung der Möglichkeiten interner Kapitalbildung und externer Kapitaltransfers. Abschließend wird mit Bezug auf die Erfahrungen von Ländern, die erfolgreich Wachstumsprozesse gestalten konnten, geprüft, ob Finanztransfers aus dem Ausland für diesen Erfolg von großer Bedeutung waren. Die Folgerung für die Gegenwart ist, daß Kapitalimporte zur Anschubfinanzierung und zur Abfederung der Outputverluste von Reformländern Osteuropas zu Beginn der Reformen sinnvoll, auf längere Frist in den bisher genannten Größenordnungen aber weder realistisch noch notwendig sind.

Hubert Gabrisch analysiert den Kapitalbedarf Osteuropas für ein international wettbewerbsfähiges Produktionspotential einiger Reformländer. Eine Prüfung bisheriger Kapitalbedarfsschätzungen, der Aufholbeispiele aus Asien und Südeuropa, mit dem Schwerpunkt Spanien, und eigene Schätzungen führen zu der Schlußfolgerung, daß der Kapitalbedarf — abhängig von Länge und Referenzmaßstab des Aufholprozesses in Ostmitteleuropa — Investitionsquoten zwischen 14 und 30vH impliziert. Da angesichts der hohen Auslandsverschuldung der meisten postsozialistischen Länder ein erheblicher Nettokapitalimport zur Finanzierung dieser Investitionen kaum zu erwarten ist, muß die Förderung der internen Kapitalbildung das wichtigste Ziel der Reformpolitik sein. Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht, weil bei nachlassender Nachfrage die Unternehmensgewinne trotz sinkender Reallöhne zurückgingen und damit die Kapitalbildung in den Unternehmen gering blieb. Gleichzeitig wurde versäumt, in den Finanzsystemen Grundla-